

Klare Altersgrenze für Social Media: Kinder besser schützen!

Bundesjustizministerin Hubig fordert eine Altersgrenze für Social Media, um Kinder zu schützen und Medienkompetenz zu fördern.



Deutschland - In der aktuellen Debatte um den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet fordert die Bundesjustizministerin Stefanie Hubig klare Altersgrenzen für die Nutzung von sozialen Medien. Sie betont, dass Kinder einen Schutz vor dem Druck zur Selbstdarstellung benötigen und eine wirksame Altersgrenze nicht nur ihre Privatsphäre schützt, sondern auch eine gesunde Entwicklung fördert. Diese Initiative zielt darauf ab, den Eltern die Diskussion über die Social Media-Aktivitäten ihrer Kinder zu erleichtern, indem sie klare Regeln schaffen, wie **Tagesspiegel** berichtet.

Erste positive Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Altersgrenzen für soziale Medien einen spürbaren Einfluss auf

das soziale Miteinander in Schulen haben. Mobbing und andere negative Verhaltensweisen könnten dadurch reduziert werden. Im Rahmen des Koalitionsvertrags arbeiten CDU, CSU und SPD an der Einrichtung einer Expertenkommission, die sich mit den Auswirkungen digitaler Medien auf die jüngere Generation befassen soll.

Verschiedene Ansätze in Deutschland

Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg hat ebenfalls die Schaffung eines gesetzlichen Mindestalters für soziale Medien angeregt und schlägt 14 Jahre vor. Ihr Ziel ist es, die Medienkompetenz an Schulen zu fördern und Kinder vor schädlichen Inhalten wie Fake News und Gewaltbildern zu schützen. Laut **n-tv** leiden jüngere Kinder stärker unter den negativen Auswirkungen der Nutzung sozialer Medien.

Hamburg verweist auf internationale Beispiele, inklusive Australien, wo soziale Medien nur für Personen ab 16 Jahren zugänglich sind. In Frankreich wird ebenfalls eine Altersgrenze diskutiert, während in Deutschland noch keine konkreten Pläne bestehen. Für Kritiker, wie den Thüringer Bildungsminister Christian Tischner, ist ein Verbot für unter 16-Jährige notwendig, um Mobbing und psychische Auswirkungen zu minimieren.

EU-weite Regelungen in Planung

Die Diskussion um Alterskontrollen für soziale Medien wird auch auf EU-Ebene vorangetrieben. Ein einheitlicher Mindeststandard für digitale Plattformen soll im Rahmen des Digital Services Act (DSA) eingeführt werden. Dies könnte Anbieter von Online-Diensten strenger zur Verantwortung ziehen. Aktuell ist das Mindestalter vieler Plattformen auf 13 Jahre festgelegt, jedoch sind die Bedingungen für die Einwilligung der Eltern, besonders bei Nutzern unter 16 Jahren, nicht rechtlich bindend. Eine umfassende Reform wird von vielen, einschließlich französischem Präsident Emmanuel Macron, gefordert, wie **Tarnkappe** berichtet.

Die Europäische Kommission plant derzeit Maßnahmen zur Verbesserung des Kinderschutzes im Internet, einschließlich der Voreinstellung von Nutzerkonten als „privat“. Eine neue EU-weite App zur Altersverifikation könnte entwickelt werden, um die Identität von Nutzern zu prüfen, ohne persönliche Daten preiszugeben. Inzwischen fordern zahlreiche Länder in Europa, darunter Griechenland, Spanien und Belgien, ein einheitliches Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien.

Der Kinderschutzbund Niedersachsen beispielsweise lehnt ein generelles Verbot für Kinder unter 14 Jahren ab und betont, dass Kinder Zugang zu Medien haben sollten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Diskussion weiterentwickeln wird, und ob es tatsächlich zu einer gesetzlichen Regelung kommen wird, die sowohl die Sicherheit der Minderjährigen gewährleistet als auch ihren Zugang zu sozialen Medien reguliert.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesspiegel.de• www.n-tv.de• tarnkappe.info

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net